

Hoffnungen nicht berücksichtigt

Prof. Dr. Rainer Ortleb, geb. 1944 in Gera, Studium der Mathematik in Dresden, seit 1984 Dozent für Informationsverarbeitungssysteme an der Universität Rostock, war Vorsitzender der liberalen Volkskammerfraktion und ist gegenwärtig stellv. Parteivorsitzender der FDP und Bundesminister für besondere Aufgaben.

Vorbemerkung

Wenn ich mir bei den folgenden Bemerkungen äußerste Zurückhaltung auferlege, so ist dies weniger berechnete Vorsicht, als vielmehr der Versuch, einige Hinweise zu geben auf die Besonderheiten dessen, was die neuen Bundesländer und ihre Probleme anbelangt. Diese Probleme sind zum Teil so erdrückend, daß sich der für die Belange der Menschen in den neuen Bundesländern verantwortliche Politiker versagen muß, auf alle Details der Wahlprüfsteine des DGB einzugehen. Ich tue dies auch deshalb, weil mir, als ehemaligem Bewohner der DDR, auffällt, daß eine Vielzahl der aufgestellten Forderungen wenig oder gar nichts mit den Hoffnungen im Gebiet der ehemaligen DDR zu tun hat. Will man diese Hoffnungen schlagwortartig zusammenfassen, so lassen sie sich wie folgt beschreiben: rasche Angleichung an die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der alten Bundesrepublik.

Umwelt schützen - Arbeit schaffen

Wer wollte bestreiten, daß Fragen des Umweltschutzes und der Arbeitsbeschaffung die Kernprobleme in den neuen Bundesländern sind. Sichtbar geht hier die Bundesregierung den zutreffenden Weg, der von der Bestandsaufnahme zur Sanierung führen muß, wo sich diese nur vertretbar rechnen läßt.

Die Sanierung der Umwelt ist mit der Beschaffung von Arbeit eng verknüpft, denn die Beseitigung von 40 Jahren Mißwirtschaft wird sehr arbeitsintensiv sein. Weit mehr als in anderen Bereichen werden hier die öffentlichen Hände tätig werden müssen. Die Hauptschwierigkeit dabei liegt in der mangelhaften Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Städte und Gemeinden; hier ist alsbald Abhilfe zu schaffen - und sei es durch die Korrektur der bislang geltenden Finanzausgleichsregelungen im Einigungsvertrag. Die neuen Länder müssen so schnell wie möglich im allgemeinen Bundesländer-Finanzausgleich beteiligt werden.

Aber das ist nur eine Seite des Problems. Die andere Seite ist eine Frage der erzieherischen Einwirkung - dahingehend nämlich, daß Umweltschutz beim einzelnen beginnt. Dies wird besonders schwierig, weil natürlich ein erheblicher Nachholbedarf bei den Bewohnern der ehemaligen DDR besteht, die diesen mit Westwaren befriedigen, ohne mit den hieraus resultierenden besonderen Umweltproblemen, etwa dem des neuen Mülls, hinreichend vertraut zu sein.

Mit dem Ruf nach einem allmächtigen Staat läßt sich allerdings keine Arbeit schaffen, dieses Experiment darf - durch 40 Jahre DDR sattsam erprobt - als hinreichend gescheitert angesehen werden.

Soziale Sicherheit - gesicherte Arbeitsverhältnisse

Der Forderungskatalog des DGB zur sozialen Sicherheit und zu den gesicherten Arbeitsverhältnissen ist beträchtlich. Man muß, so glaube ich, die dort fixierten Positionen allerdings auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit beleuchten. Für mich steht fest, daß zunächst einmal der Nachholbedarf der neuen Länder zu decken ist. Erst nach der Verwirklichung der Gleichheit sollte über neue Forderungen nachgedacht werden. Dies ist für mich vor allem eine Frage der Solidarität der Deutschen untereinander.

Recht auf Aus- und Weiterbildung sichern

Auch beim Forderungskatalog für die Aus- und Weiterbildung gilt für mich, daß zunächst einmal Gleichheit für die Bewohner der neuen Bundesländer zu realisieren ist. Hier werden gewaltige Anstrengungen erforderlich sein, die daraus resultieren, daß Generationen von fehlausgebildeten Menschen auf den Standard der Wettbewerbsfähigkeit in einer funktionierenden Marktwirtschaft umgeschult werden müssen. Eine Bildungsoffensive wird notwendig

sein, denn für mich gilt: Jede in Bildung investierte Mark spart zwei Mark bei der Arbeitslosenunterstützung.

Mitbestimmung sichern und ausbauen. Streikfähigkeit erhalten

Auch beim Thema Mitbestimmung, so wie es der DGB anschlägt, dürfte der ehemalige Bewohner der DDR eher zurückhaltend sein. Er fordert nicht nur die rechtliche Angleichung an den Standard der Bundesrepublik, sondern den Angleich im Tatsächlichen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist für jemanden, der unter einem Regime leben mußte, das dieses Prinzip laut verkündete und öffentlich als längst realisiert darstellte, während die Praxis tatsächlich meilenweit davon entfernt war, ein besonders wichtiges Anliegen.

Es geht dabei in erster Linie um ein Erziehungsproblem, weniger hingegen um die Verschärfung der „Frauengesetzgebung“, denn diese hat einen erheblichen Pferdefuß: Alle Rechtsvorschriften, die einen Sonderstatus von Frauen vorschreiben, können auch dazu beitragen, daß Arbeitgeber von der Einstellung von Frauen von vornherein Abstand nehmen, um entsprechenden gesetzlich angeordneten Unannehmlichkeiten zu entgehen. Die flächendeckende Zwangsanordnung einer Frauenquote halte ich für unrealistisch, weil sie an der sehr diffizilen Lebenswirklichkeit vorbeigeht; ich halte sie zudem unter der Herrschaft der Privatautonomie für verfassungsrechtlich zumindest bedenklich.

Auf bewährter Grundlage eine neue Verfassung schaffen

Die Totalrevision des Grundgesetzes kommt nicht in Betracht. Man beschließt nicht im Sommer 1990, dem Geltungsbereich beizutreten, um dann im Herbst 1990 zu sagen, man wolle diese Verfassung nicht.

Das Grundgesetz ist nicht nur eine Verfassung, die ihre Funktionstüchtigkeit bewiesen hat, sondern das Grundgesetz besitzt für die ehemaligen Bewohner der DDR auch einen hochgradigen Symbolwert als Lebensgrundlage für Freiheit und Wohlstand.

Für ein demokratisches Europa, für eine Welt des Friedens

Deutschland braucht eine solide Einbettung in Europa. Hierzu gehören ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung. Vor allem aber bedarf es der Stabilität, um ein zuverlässiger Partner in einem über die EG-Grenzen hinausreichenden Europa zu sein.